Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1538 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 91. **Donnerstag, 19. April 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für April 4800.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 250.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 50.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa.
Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kohlenversorgung.

Die gegenwärtigen bis mit April 1923 lautenden Kohlenbezugskarten verfallen mit dem 1. Mai ds. Js. und dürfen dann nicht weiter beliefert werden. Es wird deshalb den Haushaltungen und kleingewerblichen Betrieben die sofortige Abnahme der noch rückständigen Mengen empfohlen. Nach einer Mitteilung des Landeskohlenamtes ist mit weiteren Preisermäßigungen in nächster Zeit nicht zu rechnen. Es empfiehlt sich, die jetzt günstige Kohlenlage auszunützen, die in den nächsten Wochen eine ganz andere sein kann. Die neuen Kohlenkarten kommen Anfang Mai ds. Js. durch die Gemeindebehörden zur Ausgabe.

Großenhain, 17. 4. 23.

Die Bezirkskohlenstelle bei der Amtshauptmannschaft. 68 a IX.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. April 1923.

—* Bericht der städtischen Polizei. In letzter Zeit ist von der hiesigen städtischen Polizei ein Hoteldieb festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt worden, der in einem hiesigen Fremdenhof versucht hat, Diebstähle auszuführen. Der Täter wurde auch von mehreren auswärtigen Behörden steckbrieflich gesucht. (Hiermit ist der in gestriger Nr. d. Bl. vom Kriminalposten erwähnte Hoteldieb nicht gemeint.) — Ebenso ist am 16. d. M. hier ein Bettler festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt worden, der seinem letzten Dienstherrn verschiedene Reitzeugteile und einen Lederhut im Gesamtwerte von 9000 M. gestohlen hatte. Die Gegenstände wurden dem Täter wieder abgenommen und dem Bestohlenen zurückgegeben. — Auf dem hiesigen Schiffsbauplatz ist vor einigen Tagen zum Nachteile der Firma G. M. Förster mittels Einsteigens durch ein Dachfenster eine Menge Metalle im Gesamtwerte von 44000 M. gestohlen worden. Als Täter wurden mehrere hiesige Schulknaben ermittelt. Das gestohlene Gut konnte ebenfalls dem Bestohlenen wieder zurückgegeben werden. — Ferner wurden mehrere Schulknaben und erwachsene Personen ermittelt, die am hiesigen Elbkai Kohlen- und Getreidediebstähle ausgeführt haben. Auch sind einige Diebstähle von Bleirohren und Messinghähnen aus Gärten aufgedeckt worden, die ebenfalls von mehreren Schulknaben ausgeführt worden sind. Die gestohlenen Gegenstände sind den Bestohlenen wieder ausgehändigt worden. — Weiter ist vor einigen Tagen nachts eine Mannesperson angehalten und zur Polizeiwache gebracht worden, die einen Zentnersack voll Getreide bei sich hatte, das ebenfalls von einem Diebstahle herrührte. — Von einer Gröbaer Einwohnerin wurde vor einigen Tagen in einem hiesigen Grünwarengeschäft eine Brieftasche mit Inhalt im Gesamtwerte von 26000 M. liegen gelassen, die dann später dort gestohlen worden ist. Als Täter wurde ein hiesiger Arbeitsbursche ermittelt. Die Brieftasche und der Geldbetrag konnten auch in diesem Falle der Bestohlenen wieder ausgehändigt werden. — Ferner wurden während der letzten Tage mehrere jugendliche Arbeitsburschen aufgegriffen, die in Chemnitz und in Dresden ihre elterliche Wohnung böswillig verlassen hatten. Die Arbeitsburschen wurden den Eltern wieder zugeführt.

—* Zuckerversorgung. Der von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin für den Monat April freigegebene Mundzucker wird mit je 1 Pfund auf die Abschnitte L und M der Zuckerkarte ausgegeben. Der Fabrikgrundpreis für den Aprilzucker ist der gleiche wie für den Märzzucker. Es werden sich deshalb auch die Kleinverkaufspreise auf der bisherigen Höhe halten.

—* Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Der Reichsrat hat soeben einer Vorlage der Reichsregierung zugestimmt, durch die die Sätze der Erwerbslosenunterstützungen erheblich, in den hauptsächlichsten Beträgen bis zu 60 Prozent, erhöht werden. Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 16. ds. Mts. alsbald in Kraft. Die genauen Sätze werden möglichst bald bekannt gegeben werden, so daß vielfach schon Ende der Woche nach den neuen Sätzen wird ausgezahlt werden können.

—* Zur Einrichtung von Preisprüfungsstellen. Der geschäftsführende Vorsitzende der Sächsischen Einzelhandelsgemeinschaft, Syndikus Professor Dr. Kastner, hat einen Brief an den sächsischen Wirtschaftsminister Fellisch gerichtet, in dem er um eine Unterredung über die vom Wirtschaftsministerium erlassene neue Verordnung über die Einrichtung von Preisprüfungsstellen bittet. In dem Briefe heißt es u. a.: „Ohne auf die Frage der rechtlichen Zulässigkeit der erlassenen Verordnung einzugehen muß gesagt werden, daß aus rein sachlichen Erwägungen heraus die getroffenen Anordnungen gerade in den Kreisen des soliden und anständigen Einzelhandels schwerste begründete Besorgnisse auszulösen geeignet sind. Die Richtlinien, die zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei als Grundlage für die Regierungsbildung vereinbart worden sind und die auch die Grundlage der vorliegenden Verordnung bilden, mußten die Befürchtung auslösen, daß die Kontrollausschüsse, abgesehen von ihrer politischen Bestimmung als „proletarisches Kampforgan", eine Bekämpfung des wirklichen Wuchers nicht herbeiführen würden, vielmehr nur, und zwar ausschließlich dem Einzelhandel gegenüber, unsachlichen, die breite Oeffentlichkeit ungerecht und ungünstig beeinflussenden „Revisionen" Tor und Tür öffnen würden."

—* Zur Zentralisierung der Pfarrlehne. Am 16. April fand in Döbeln eine sehr stark besuchte, aus allen Teilen Sachsens beschickte Versammlung von Pfarrern und Kirchenvorständen statt, die in ihrer Eigenschaft als Lehnsnutznießer und Lehnsverwalter gegen die vom Konsistorium geplante Zentralisierung der Pfarrlehne protestierten. Es wurde einstimmig beschlossen, bei der Synode gegen die ganze Gesetzesvorlage schärfsten Einspruch zu erheben. Der Synode wurde das Recht zu diesem tiefgreifenden Eingriff abgesprochen, die Pfarrlehne seien örtliche Stiftungen, deren Nutzungsrechte niemals auf die Landeskirche übertragen werden könnten. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Zentralisierung für die notleidenden Pfarrer keine Hilfe bedeuten würde; sie nach Abzug der sehr hohen Verwaltungskosten verbleibenden Mittel würden zu einer ausreichenden Besoldung der Pfarrer viel zu niedrig sein. Da aber die Zentralisierung zugleich zu einer Erdrosselung der Selbsthilfe führen würde, sei von ihr keine wirkliche Hilfe zu hoffen. Nachdrücklich wird eine der Geldentwertung angepaßte Erhöhung der Kirchensteuer zur Hebung der Not gefordert. Die Lehnsnutznießer erklären sich einmütig bereit, von sich aus eine Hilfsaktion zur Linderung der brüderlichen Not in die Wege zu leiten. — Die in Döbeln versammelten Lehnsvertreter schlossen sich zu einer Schutzgemeinschaft zusammen und beauftragten einen 8-gliedrigen Aktionsausschuß mit der Durchführung ihrer Beschlüsse. Sie ersuchen alle, die sich diesem Protest anschließen wollen, ihre Zustimmung umgehend an Pfarrer Berthold, Niederebersbach bei Großenhain, gelangen zu lassen.

—* Staat und Kirche. Der Haushaltausschuß A des sächsischen Landtages behandelte am Mittwoch u. a. die Frage der staatlichen Leistungen an die evangelische Landeskirche. Hierzu lagen mehrere Petitionen des Landeskonsistoriums, des Pfarrervereins und der Kirchenbeamten vor. Zur Verhandlung stand gleichzeitig das von der juristischen Fakultät der Universität Leipzig auf Ersuchen des Landtags erstattete Gutachten über die für die sächsische Regierung strittige Frage betreffend Staatsleistungen an die Kirche. Die Berichterstatterin Abg. Fräulein Hertwig (D. Vp.) gab einen Ueberblick über den Inhalt des sehr umfangreichen und gründlichen Gutachtens, das zu dem Schlusse kommt, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Verpflichtung des Staates zur Gewährung der bisherigen Leistungen an die Kirche den veränderten Geldverhältnissen anzupassen, d. h. daß die Sätze entsprechend zu erhöhen sind. Bekanntlich stellt sich die sächsische Regierung auf den von den bürgerlichen Parteien bekämpften Standpunkt, daß „bisherige Leistung" in der Reichsverfassung so auszulegen sei, daß nur diejenigen Beträge, die bei Inkrafttreten der Reichsverfassung staatsseitig an die Kirche geleistet wurden, auch jetzt noch ohne Rücksicht auf die Geldentwertung einzustellen seien, und zwar nur in Form verzinslicher Darlehn. Das genannte Gutachten stellt fest, daß in Sachsen heute noch zwischen Staat und Kirche eine Interessengemeinschaft besteht, die den Staat zur Erfüllung von Leistungspflichten unter Berücksichtigung des verschobenen Geldwertes zwingt. Auch über die für die Einhebung von Kirchensteuern in Sachsen geschaffene neue Gesetzgebung äußert sich das Gutachten. Es kann hierin keinen Grund finden, den Staat von seiner Pflicht der Kirche gegenüber zu entbinden. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Linksparteien im sächsischen Kirchensteuergesetz das Steuerrecht der Kirche ganz wesentlich beschnitten haben. Um so mehr wachse der Posten an, den der Staat von sich aus zuzuschießen habe. Die Regierung wiederholte ihren seiner Zeit im Landtag durch den Kultusminister geäußerten ablehnenden Standpunkt, der von der bürgerlichen Seite bekämpft wird. Die Pensionierung der Geistlichen ist in Sachsen von Alters her gesetzlich begründet und das juristische Gutachten beseitigt in diesem Punkte jeden Zweifel über die Staatspflichten. Die Regierung erklärte, in diesem Falle die gleiche Auffassung zu haben, wie das Gutachten und demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen. Die Berichterstatterin stellte folgende drei Anträge: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. Die in Kap. 93 Tit. 9 des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1921 eingestellte Summe entsprechend dem gegenwärtigen Besoldungsbedarfe der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu erhöhen und als feste Staatsleistungen einzustellen; 2. die nach dem Reichstagsbeschlusse vom 14. Dezember 1922 vom Reiche bereitgestellten Vorschüsse unverzüglich anzufordern; 3. die Pensionsverhältnisse der Geistlichen und deren Hinterbliebenen gemäß der im Gutachten der juristischen Fakultät Leipzig vertretenen Rechtsauffassung ungesäumt gesetzlich zu regeln und die entsprechenden Mittel als feste Staatsleistungen in den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1923 einzustellen. — Die Abstimmung wurde ausgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

— Milderung der Einreisebestimmungen. Infolge der Hinweise von Verkehrsverbänden und Behörden auf die nachteiligen Wirkungen einer allzu scharfen Durchführung der Einreisebestimmungen für weite Kreise des deutschen Wirtschaftslebens hat das Auswärtige Amt, im Benehmen mit dem Reichsministerium des Innern die bestehenden Vorschriften einer Nachprüfung unterzogen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkte, daß einwandfreie Ausländer, an deren Einreise ein deutsches politisches, wirtschaftliches oder kulturelles Interesse besteht, nach wie vor in Deutschland willkommen sind und bei der Erlangung des Sichtvermerks keinen unnötigen Schwierigkeiten und Scherereien ausgesetzt werden dürfen. Im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern sind deshalb die bestehenden Einreisebestimmungen nach Möglichkeit gemildert und die deutschen Vertretungen im Auslande mit entsprechenden Weisungen versehen worden.

—* Aus den Landtagsausschüssen. Der Rechtsausschuß beriet den demokratischen Antrag auf Abschaffung der standesherrlichen Fischereigerechtigkeiten in der Oberlausitz. Auf Antrag Bünger wurde die Beratung bis zur gesetzlichen Neuregelung der Frage der Unterhaltungsgenossenschaften ausgesetzt. Der demokratische Antrag betreffend Abänderung des Jagdrechts wurde teilweise durchberaten, eine Beschlußfassung erfolgte im Hinblick auf eine von der Regierung zu erwartende Vorlage nicht. — Im Haushaltausschuß B wurde die Eingabe der Stadt Hohnstein (Sächs. Schweiz) wegen Verlegung der Mühlbergstraße eingehend mit Regierungskommissaren verhandelt, nachdem in voriger Woche eine Besichtigung des Rutschgeländes und der Lage überhaupt durch den Ausschuß erfolgt war. Ein Neubau würde mehrere 100 Millionen Mark erfordern, die zu bewilligen die Regierung, abgesehen von der Finanznot, umsoweniger im Stande zu sein erklärte, als es sich um eine Kommunalstraße handelt. Die Entschließung über das weitere Schicksal der Eingabe wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Weitere Eingaben wegen der Kohlensteuer zugunsten der Straßenbahnen, wegen einer Kraftverkehrsanlage zwischen Scharfenberg und Meißen und wegen der Tarifpolitik der Eisenbahn wurden nach eingehenden Verhandlungen der Regierung zur Kenntnisnahme und teils als Material überwiesen.

—* Aenderung in der Leitung der Staatspolizeiverwaltung. Durch den neuen Minister des Innern Liebmann ist der Präsident der Staatspolizeiverwaltung Dr. Adolph seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger ist der Dresdner Polizeipräsident, der frühere Oberstaatsanwalt Thomas, ausersehen. Als dessen Nachfolger wird ein Anhänger der sozialdemokratischen Partei genannt.

— Arbeitsmarktbericht vom 9.—14. April 1923. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen zeigte in der Berichtswoche in fast allen Berufszweigen eine weitere Verschlechterung. Die Erwerbslosenzahl ist nach wie vor im Steigen begriffen, die Zahl der Kurzarbeiter hat sich weiterhin bedeutend erhöht. Offene Stellen werden nur in ganz geringem Maße gemeldet. Die Vermittlungstätigkeit war äußerst schwach. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach männlichen Arbeitern nachgelassen. Gärtner waren verlangt. Im Bergbau konnten nur wenige Abgänge wieder besetzt werden. Die Ziegeleien haben noch nicht sämtlich ihre Tätigkeit aufgenommen. Ofen- und Porzellanfabriken arbeiten verkürzt. In der Glasindustrie erfolgten Entlassungen. Die Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe ist unverändert schlecht. Die Holzindustrie und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zeigte keine Belebung. Die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe hat sich trotz günstiger Witterung weiter verschlechtert.

—* Kantate-Versammlung der deutschen Buchhändler. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig, zu dessen Mitgliedern auch zahlreiche Buchhändler in Oesterreich, der Schweiz und andern Ländern gehören, hält am Sonntag Kantate, den 29. April, seine diesjährige Hauptversammlung ab.

—* Kommunistischer Unfug. Die sozialdemokratische Dresdner „Volkszeitung" wendet sich in einem Artikel mit der Ueberschrift „Kommunistischer Unfug" gegen das Auftreten der Kommunisten in Chemnitz und schreibt: „Diese lächerlichen und kindischen militärischen Spielereien der Kommunisten bilden eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Zusammenarbeiten der beiden proletarischen Parteien. Die Kommunisten sollten sich klar darüber sein, daß sie durch einen derartigen Unfug nur der bürgerlichen Reaktion dienen.

—* Die deutschen Opfer des Krieges. Entsprechend einem Beschlusse des Reichstags hat das Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift über das Versorgungswesen herausgegeben, die nach dem Stande vom 1. April 1923 aufgestellt worden ist. Danach betrug auf Grund der Nachforschungen des Zentralnachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegergräber die Zahl der im Kriege getöteten Deutschen 1 846 293. Davon sind 1 572 523 Mannschaften, 212 069 Unteroffiziere einschließlich Deckoffiziere, 56 133 Offiziere und Beamte und 5568 Tote ohne Angabe des Dienstgrades. Die Zahl der Verwundungen (nicht der Verwundeten) beträgt 4 247 864, und zwar bei den Mannschaften 3 669 244, bei Unteroffizieren einschl. Deckoffizieren 483 369, bei Offizieren und Beamten 93 968. Bei 1283 Verwundungen war der Dienstgrad nicht angegeben. Die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten beträgt nach den neuesten Berechnungen 1 537 000, die Gesamtzahl der Kriegshinterbliebenen 1 945 000, und zwar 533 000 Witwen, 58 000 Vollwaisen, 1 134 000 Halbwaisen, 58 000 Elternpaare, 162 000 Elternteile.

Wermsdorf. Friedhofsdiebstähle sind auch hier in den letzten Wochen verübt worden. Es sind etwa neun Zinkdeckel bezw. Zinkhauben, die den Winter hindurch zum Schutz der Grabsteine dienten, von unbekannten Händen von den Gräbern gestohlen und wahrscheinlich, zusammengeschlagen, als Altmetall verkauft worden.

* Dresden. Am Mittwoch begann vor dem hiesigen Landgericht der Prozeß gegen den Tischler bei den Werkstätten der Staatsoper Buse, die Betriebsleiter Marschner und Strobel sowie den technischen Direktor Hasait, die angeklagt sind der fahrlässigen Tötung zweier Menschen und der Körperverletzung mehrerer anderer Personen. Das Unglück ereignete sich am 29. Oktober v. J. gelegentlich einer Besichtigung des Opernhauses.

Ostritz. Die Zahlungsschwierigkeiten bei der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Leuba, von denen wir seinerzeit berichteten, sind durch einen Vergleich behoben worden. Die ungedeckten Schulden stellten sich anfangs auf eine Milliarde, woran der Hauptgläubiger, eine Getreidefirma in Charlottenburg, allein 650 Millionen für sich beanspruchte. Dieser